

## TÜRKEI

SVEN-JOACHIM IRMER  
ALEXANDRA PAULUS

Juni 2018

[www.kas.de/tuerkei](http://www.kas.de/tuerkei)

# Neues System, alter Präsident?

Die Türkei vor historischen Wahlen

**Am 24. Juni 2018 wählt die Türkei zum ersten Mal seit dem per Volksabstimmung beschlossenen Wechsel vom parlamentarischen zum Präsidentsystem ihren Präsidenten und ein neues Parlament. Die vorgezogenen Wahlen stehen im fragilen Kontext eines möglichen Wirtschaftsabschwungs und geopolitischer Umorientierung. Amtsinhaber Recep Tayyip Erdoğan (AK Partei) wird sich voraussichtlich in einer Stichwahl um das Präsidentenamt durchsetzen. Weniger hoffnungsvoll blickt seine Partei auf die Parlamentswahlen, in denen die Opposition, auch mit Hilfe eines Wahlbündnisses, eine Parlamentsmehrheit erlangen könnte. Für Kritik sorgen Menschenrechtslage und Rechtsstaatlichkeit im Land, in dem weiterhin der Ausnahmezustand gilt und jüngste Wahlrechtsreformen Manipulation erlauben könnten.**

Gemäß dem Wahlkalender hätte die türkische Bevölkerung eigentlich am 3. November 2019 ein neues Parlament sowie einen neuen Präsidenten gewählt und damit den im Referendum von 2017 beschlossenen Weg vom parlamentarischen hin zum präsidentiellen System beschrritten. Doch am 18. April 2018 verkündete Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan (AK Partei), dass die Wahlen um fast eineinhalb Jahre vorgezogen würden, auf den 24. Juni 2018. Wie kam es dazu? Und in welchem Kontext werden die Wahlen stattfinden?

## Inflation und Währungsverfall bedrohen Wirtschaftswachstum

Im Gegensatz zur politisch volatilen Lage wirkte die türkische Wirtschaft bis vor Kurzem robust: 2017 wuchs sie dem Internati-

onalen Währungsfonds zufolge um 7,4% und damit mehr als alle anderen G20-Staaten. Weitere makroökonomische Indikatoren sind solide. Obwohl jeder vierte in der Landwirtschaft tätig ist, entwickelten sich neben der traditionellen Textilindustrie zuletzt auch die Automobil-, Konsumgüter- und Elektronikbranchen gut, ebenso der Tourismussektor und die Baubranche.

Allerdings ist ein Teil des Wirtschaftswachstums nicht nachhaltig, sondern das Ergebnis von Megaprojekten der Regierung, darunter das erste Atomkraftwerk auf türkischem Boden, ein riesiger zusätzlicher Flughafen in Istanbul, neue Moscheen und weitere Infrastrukturprojekte. Außerdem kämpft die türkische Wirtschaft mit hoher Inflation – zuletzt 13% – und einer schwachen Lira, die seit Jahresbeginn gegenüber dem Dollar ein Viertel ihres Werts eingebüßt hat. Die Notenbank ist de facto nicht unabhängig und konnte zuletzt auch mit einer panikartigen Leitzinserhöhung den Währungsverfall nicht nachhaltig bremsen.

Andere Wirtschaftsindikatoren deuten auf ein mögliches Ende der Wachstumsphase hin: Ausländische Direktinvestitionen sinken, die Auslandsverschuldung steigt, türkische Staatsanleihen rangieren auf Ramschniveau. Entsprechend schrumpfte das in US-Dollar gemessene Pro-Kopf-Einkommen der Türkei 2017 um 2,8%. Zudem sind 23% der unter 25-Jährigen und knapp 11% der Gesamtbevölkerung arbeitslos. Als Netto-Energieimporteur spürt die türkische Bevölkerung den Währungsverfall unmittelbar an der Tankstelle. Um diesen Effekt zu mildern, senkte die Regierung Abgaben auf Benzinprodukte – ein Einmaleffekt, der die Staatseinnahmen senkt (ohnehin wird das Haus-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## TÜRKEI

SVEN-JOACHIM IRMER  
ALEXANDRA PAULUS

Juni 2018

[www.kas.de/tuerkei](http://www.kas.de/tuerkei)

haltsdefizit für 2018 auf knapp 3% des Bruttoinlandsprodukts geschätzt) und nach den Wahlen scharfe wirtschafts- und finanzpolitische Kurskorrekturen erfordern wird.

### Außenpolitische Umorientierung

Die Nachbarschaftspolitik der Türkei befindet sich in der Neuausrichtung: Nach Jahrzehnten der strategischen Westbindung sucht die AK Partei-Regierung immer deutlicher nach nicht-westlichen Partnern. Der **EU**-Beitrittsprozess verläuft schleppend, wie der jüngste, sehr kritische Fortschrittsbericht der EU-Kommission zeigt. Gleichzeitig betont die Regierung weiterhin, dass das Ziel ausschließlich die EU-Vollmitgliedschaft sei, und lehnt andere Partnerschaftsformate ab. Das EU-Türkei-Flüchtlingsabkommen zeigt Wirkung, ist jedoch wenig beliebt.

Stattdessen wendet sich das Land wirtschaftlich wie politisch vermehrt **Russland** zu: So kaufte die Türkei 2017 das russische Raketenabwehrsystem S-400 und durch die Pipeline Turkish Stream soll Gazprom der Türkei ab 2019 Gas liefern. Beide Länder sind aktiv in den **Syrien**-Krieg involviert und versuchen trotz unterschiedlicher Positionen, im Astana-Gesprächsformat gemeinsam mit Iran Einfluss auf die Entwicklungen in Syrien zu nehmen. 2016 bis 2017 griff die Türkei mit ihrer Militäroffensive „Schutzschild Euphrat“ aktiv in den Konflikt ein. Im Januar 2018 begann die zweite „Operation Olivenzweig“, nach türkischem Verständnis ein Akt der Selbstverteidigung gegen die von ihr als Terrororganisation betrachteten kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) im Nordwesten Syriens.

Gleichzeitig kam es zu Unstimmigkeiten zwischen der Türkei und den **USA**: Zwischenzeitlich drohte während der türkischen Militäroperation in Syrien eine militärische Konfrontation der zwei NATO-Partner, da die YPG von Ankara bekämpft, von Washington jedoch unterstützt werden. Nachdem eine solche Konfrontation abgewendet wurde, kam es zur diplomatischen Konfrontation wegen der Ausschreitungen in Palästina anlässlich der Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem, woraufhin die Türkei ihre Botschafter aus Isra-

el und Washington vorübergehend abzog. Schließlich werden die Beziehungen zwischen der Türkei und den USA Staaten auch von handelspolitischen Maßnahmen sowie der Person Fethullah Gülen, den die türkische Regierung für den Putschversuch im Juli 2016 verantwortlich macht und dessen Auslieferung sie deshalb fordert, überschattet. Auch mit dem NATO-Partner **Griechenland** war es in den vergangenen Monaten immer wieder zu Spannungen in der Ägäis gekommen.

Von verschiedenen Stellen wird zudem Kritik an der **Menschenrechtslage** in der Türkei laut. Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte warf der Türkei vor, im Rahmen der Notstandsgesetze Rechtsstaatsprinzipien zu missachten und massive Menschenrechtsverletzungen zu begehen. In ihrer Rangliste der Pressefreiheit 2018 weist die Organisation Reporter ohne Grenzen der Türkei Platz 157 von 180 zu, das Land liegt damit hinter Russland und Thailand. Zahlreiche Journalisten sitzen in Haft, darunter auch mehrere Deutsche. Die relevanten Medien befinden sich in der Hand regierungsnaher Unternehmensgruppen, und besonders das Leitmedium Fernsehen berichtet kaum über Oppositionsparteien. Außerdem schreitet die Zensur von Online-Inhalten durch die zentrale Kommunikationsaufsicht voran.

### Der Weg zum Präsidialsystem: Putschversuch und Verfassungsreferendum

In welchem politischen Moment finden nun die Wahlen statt? Erdoğan's AK Partei regiert das Land seit 2002: Die letzten Parlamentswahlen im November 2015 gewann sie deutlich, genau wie die ersten direkten Präsidentschaftswahlen 2014. Am 15. Juli 2016 unternahmen Teile des türkischen Militärs unter bisher ungeklärten Umständen einen **Putschversuch** gegen die Regierung und bombardierten unter anderem das Parlament, 250 Menschen verloren ihr Leben. Daraufhin verhängte das Parlament den Ausnahmezustand, der seitdem immer wieder verlängert wurde (aktuell bis zum 19. Juli 2018 gültig). Der Ausnahmezustand erlaubt es dem Präsidenten, per Not-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## TÜRKEI

SVEN-JOACHIM IRMER  
ALEXANDRA PAULUS

Juni 2018

[www.kas.de/tuerkei](http://www.kas.de/tuerkei)

standsdekret am Parlament vorbei zu regieren.

In dieser Gemengelage entwarfen die Regierungsparteien AKP und MHP eine **Verfassungsreform**, die das politische System des Landes von einer parlamentarischen Demokratie zum **Präsidialsystem** machen sollte. Die AK Partei hatte eine solche Reform seit 2005 angestrebt und mit mehr Stabilität und effektiverer Regierungsführung begründet, die Oppositionsparteien hingegen lehnten die Reform geschlossen ab. Im Referendum im April 2017 stimmte die Bevölkerung dieser Verfassungsänderung mit einer knappen Mehrheit von 51% zu. Die Entscheidung des Hohen Wahlrats, auch 1,5 Mio. Wahlzettel zu akzeptieren, auf denen der offizielle Wahlstempel fehlte, wurde damals von Wahlbeobachtern der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa stark kritisiert.

Warum beschloss die Regierung im April 2018, die Wahlen schon am 24. Juni 2018 statt im November 2019 abzuhalten? Mehrere Gründe sind denkbar: Mutmaßlich sollten die **vorgezogenen Wahlen** die Opposition überraschen und ihre Mobilisierung erschweren. Bis November 2019 hätte sich zudem die wirtschaftliche Situation voraussichtlich verschlechtert. Außerdem sind für März 2019 Kommunalwahlen angesetzt, bei denen die AK Partei traditionell schlechter abschneidet – was eine Signalwirkung für die nationalen Wahlen hätte entfalten können.

### **Das neue Präsidialsystem: Fast alle Macht dem Staatspräsidenten**

Welche Neuerungen bringt nun das im Verfassungsreferendum beschlossene Präsidialsystem? Im bisherigen parlamentarischen System der Türkei ist die **Exekutiv-Gewalt** laut Verfassung aufgeteilt zwischen dem Premierminister als Regierungsoberhaupt und dem Staatspräsidenten als Staatsoberhaupt – auch wenn der Staatspräsident de facto bereits jetzt maßgeblich die Regierungsgeschäfte prägt. Im künftigen Präsidialsystem ist der Staatspräsident Staats- und Regierungsoberhaupt in einem, der sein Kabinett und eine unbegrenzte Zahl von Stell-

vertretern selbstständig ernennt; das Amt des Premierministers wird abgeschafft. Das politische System der Türkei ist traditionell stark zentralistisch organisiert: Die Bevölkerung wählt lediglich den Präsidenten, das Nationalparlament und, auf Gemeindeebene, Dorfvorsteher, Kommunalparlamente und Bürgermeister. Die weiteren Ebenen der Exekutive, nämlich Provinz-Gouverneure und Landkreisvorsteher, werden von der Regierung, d.h. zukünftig vom Präsidenten, ernannt.

Die „Große Nationalversammlung“, die zukünftig 600 statt 550 Abgeordnete umfasst, erlässt Gesetze, beschließt den Haushalt und Militäreinsätze und entscheidet über den Kriegszustand. Auch hier hat der Staatspräsident künftig große Einflussmöglichkeiten: So kann er am **Parlament** vorbei Präsidialverordnungen erlassen und gegen Gesetzentwürfe des Parlaments ein Veto einlegen (zur Überstimmung ist eine Parlamentsmehrheit nötig). Trat der Staatspräsident zuvor neutral und überparteilich auf, kann seit der Reform nicht nur Mitglied, sondern sogar Vorsitzender einer Partei sein und damit auch Einfluss auf Zusammensetzung und Verhalten des Parlaments nehmen, woraufhin sich Erdogan 2017 wieder zum Parteivorsitzenden wählen ließ. Umgekehrt kann das Parlament die Exekutive künftig nur sehr beschränkt kontrollieren: Weder ein Misstrauensvotum noch mündliche Regierungsbefragungen sind vorgesehen, sondern nur schriftliche Anfragen. Die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Eröffnung eines Amtsenthebungsverfahrens erfordert eine Parlamentsmehrheit von drei Fünfteln.

Weiterhin ist der Präsident befugt, voraussetzungslos das Parlament aufzulösen und **Neuwahlen** auszurufen, wobei automatisch auch Präsidentschaftsneuwahlen erfolgen müssen. Eigentlich ist die Amtszeit des Staatspräsidenten wie zuvor auf zwei Mal fünf Jahre beschränkt – es sei denn, es finden innerhalb der zweiten Amtszeit Neuwahlen statt, dann dürfte er eine weitere Amtszeit vollenden. Damit ist künftig eine Verlängerung der Amtszeit des Staatspräsidenten auf mindestens 14 Jahre denkbar.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## TÜRKEI

SVEN-JOACHIM IRMER

ALEXANDRA PAULUS

Juni 2018

[www.kas.de/tuerkei](http://www.kas.de/tuerkei)

Weiterhin erhält der Präsident mehr Einflussmöglichkeiten auf die **Judikative**: So bestimmt er die Zusammensetzung des Rats der Richter und Staatsanwälte, der Richter und Staatsanwälte ernennt, indem er sie selbst ernennt oder seine Machtposition im Parlament für ihre Wahl nutzt. Die ehemals starke Stellung des **Militärs** war von der AK Partei-Regierung im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen bereits stark beschnitten worden. Die Verfassungsänderung schafft nun die Militärgerichtsbarkeit ab und macht den Präsidenten zum alleinigen Oberbefehlshaber der Streitkräfte.

Insgesamt kennt das neue türkische Präsidialsystem **kaum effektive Mechanismen der Gewaltenteilung, vielmehr verfügt der Staatspräsident über eine einzigartige Machtfülle**: Er kontrolliert die Exekutive vollständig und nimmt wichtigen Einfluss auf die Legislative, Judikative und das Militär.

### Wahlen nach neuen Spielregeln

Nachdem die Bevölkerung der Verfassungsreform zustimmte, verabschiedete das Parlament im Frühjahr 2018 eilig mehrere Wahlrechts-Reformen. Einige Neuerungen betreffen das **allgemeine Wahlprozedere**: Künftig werden Stimmzettel auch akzeptiert, wenn der amtliche Wahlstempel fehlt oder wenn sie unverschlossen sind, was Kritikern zufolge Wahlbetrug Tür und Tor öffnet. Bisher übernahmen Vertreter aller Parteien die Kontrolle der Wahllokale, zukünftig übernehmen dies von der obersten Wahlbehörde (Hoher Wahlrat) ausgewählte – mutmaßlich regierungstreue – Beamte. Der Hohe Wahlrat kann zudem die Wahlkreise neu zuschneiden und hat Ermessensspielraum, wo Wahllokale eröffnet werden, sodass Opposition und Zivilgesellschaft befürchten, in oppositionellen Regionen könnte die Stimmabgabe erschwert werden.

Die wichtigste **Neuerung für die Parlamentswahl** betrifft Wahlbündnisse. Anfang der 1980er Jahre war eine 10%-Hürde für den Eintritt von Parteien ins Parlament eingeführt worden, vor allem, um pro-kurdische Kräfte aus dem Parlament zu halten. Diese enorm hohe Sperrklausel kann

nun durch Wahlbündnisse umgangen werden: Dabei muss nur das Bündnis die Hürde nehmen, anschließend werden die Parlamentssitze nach Stimmenanteil zugeteilt. Mutmaßlich sollte so Erdoğan's Juniorpartner, die MHP, der Einzug ins Parlament garantiert werden.

### Der Wahlkalender

Das aktive und passive Wahlrecht haben türkische Staatsbürgerinnen und -bürger ab 18 Jahren. Am **24. Juni** findet sowohl die Wahl der 600 Abgeordneten als auch die erste Runde der Präsidentschaftswahl statt. Türken, die im Ausland wohnen, können ihre Stimme vom 7. bis 19. Juni in türkischen Auslandsvertretungen abgeben. Falls es keinem Präsidentschaftskandidaten gelingt, im ersten Wahlgang eine absolute Stimmenmehrheit zu erlangen, findet in einem zweiten Wahlgang eine **Stichwahl** zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen statt (im Ausland vom 30. Juni bis 4. Juli, im Inland am **8. Juli**). Nach der jüngsten Wahlrechtsreform ist hier ein Nachrücken möglich, sollte ein Kandidat verzichten oder ausfallen, sodass die Opposition ihren Kandidaten noch kurzfristig austauschen könnte.

### Parteien, Kandidaten und Wahlkampfthemen

Aktuell umfasst das türkische Parlament fünf Fraktionen: Die AK Partei von Staatspräsident Erdoğan und ihr Koalitionspartner MHP sowie die Oppositionsparteien CHP, İYİ Partei und HDP. Um sich den Einzug ins Parlament zu sichern, haben sowohl die Regierungsparteien als auch die meisten Oppositionsparteien ein Wahlbündnis gebildet, lediglich die pro-kurdische HDP zieht als Einzelkämpferin in die Parlamentswahl. Die Regierungsparteien sind auch in der Präsidentschaftswahl hinter ihrem Kandidaten Erdoğan geeint, die Oppositionsparteien hingegen schicken eigene Kandidaten ins Rennen. In der Bevölkerungswahrnehmung überlagert die Wahl des Staatspräsidenten die des Parlaments deutlich, wohl auch wegen dessen zukünftiger Machtposition.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

TÜRKEI

SVEN-JOACHIM IRMER  
ALEXANDRA PAULUS

Juni 2018

[www.kas.de/tuerkei](http://www.kas.de/tuerkei)

### **Erdoğan's Wahlbündnis "Volksallianz": Mit Juniorpartner für das Präsidentsystem**

Größte Regierungspartei ist zurzeit die **Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AK Partei)**. Zum Zeitpunkt ihrer Gründung 2001 stand die Partei für Demokratisierung, Hinwendung zur EU und Abkehr von kemalistischen Eliten, folglich bezeichnet sie sich noch immer als konservativ-demokratische Volkspartei. Beobachter verorten sie inzwischen als islamistisch-nationalistisch-konservativ. Sie stellt momentan mit Binali Yıldırım den Premierminister und mit ihrem Parteivorsitzenden **Recep Tayyip Erdoğan** den Staatspräsidenten. Unter Gründungsmitglied Erdoğan's Parteivorsitz hat die Partei seit 2002 alle Parlaments-, Kommunal- und Präsidentschaftswahlen gewonnen. Bei den Parlamentswahlen im November 2015 erzielte sie 49,2% der Stimmen.

Der ehemalige Bürgermeister von Istanbul (1994-98) und Premierminister (2003-14) Erdoğan ist der gemeinsame Präsidentschaftskandidat des Wahlbündnisses „Volksallianz“, dem neben der AK Partei noch die MHP angehört. Das Präsidentsystem hat sich gewissermaßen auf den Leib geschneidert. Im Wahlkampf stellt er sich als „Law-and-order-Kandidat“ dar: Angesichts der Terrorismusgefahr, die von der Gülen-Bewegung, der kurdischen PKK und dem sogenannten Islamischen Staat ausgehen, sorgt er für Stabilität und Sicherheit. Gleichzeitig treibt er die Regionalmacht-Ambitionen der Türkei voran und hat weitere Militäroperationen in Syrien angekündigt. Seine Partei hat zahlreiche Wahlgeschenke verteilt, darunter kosmetische wirtschaftspolitische Maßnahmen, Großinvestitionen und Sonderzahlungen an die zwölf Millionen türkischen Rentner kurz vor dem Wahltag. Kritik am Präsidenten formierte sich zuletzt bei twitter unter dem Stichwort #tamam (dt.: genug), als dieser selbstbewusst bemerkte, wenn die Bevölkerung „genug“ von ihm habe, bräuchte sie es nur zu sagen. Sowohl in der Präsidentschafts- als auch in der Parlamentswahl hat Erdoğan's AK Partei die besten Aussichten.

Sowohl in der aktuellen Regierung als auch im Wahlkampf ist Erdoğan's Juniorpartner die **Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP)**. Sie setzt sich für die Einheit und Stärkung der türkischen Nation ein und ist EU-kritisch eingestellt. Sie steht den „Grauen Wölfen“ nahe und wird als ultranationalistisch und rechtsextrem verortet. In der Vergangenheit ging sie wechselvolle Allianzen ein, u.a. mit der säkularen CHP oder zuletzt seit dem Putschversuch 2016 mit der AK Partei. Bei den Parlamentswahlen 2015 kam sie auf 11,9% und bei den Kommunalwahlen 2014 auf 17,8% der Stimmen. Für seinen Kurswechsel – vom Kritiker zum Unterstützer Erdoğan's – hatte Parteivorsitzender Devlet Bahçeli innerhalb der eigenen Partei viel Kritik geerntet, sodass sich viele Mitglieder abwandten und der IYI Partei (s.u.) anschlossen. Bahçeli sorgte zuletzt für Schlagzeilen, als er im Wahlkampf eine Amnestie für verurteilte Straftäter, ausgenommenen Sexual- und Terrordelikte, forderte.

Erdoğan's Wahlbündnis wird außerdem von der **Partei der Großen Einheit (BBP)** unterstützt, die jedoch keine eigenen Kandidaten zur Wahl stellt. Sie gilt als rechtsextrem, nationalistisch und islamistisch und konnte bisher keine nennenswerten Wahlerfolge erzielen.

### **Oppositionsbündnis "Nationale Allianz": Vereint ins Parlament, gespalten im Präsidentschaftswahlkampf**

Lang profitierte die AK Partei-Regierung von einer stark fragmentierten Opposition. Doch für die bevorstehenden Wahlen hat sich die Opposition erstaunlich rasch und effektiv formiert: Die vier Oppositionsparteien CHP, IYI Partei, SP und DP mit Ausnahme der pro-kurdischen HDP bilden das **Wahlbündnis „Nationale Allianz“**, was ihnen den Einzug ins Parlament garantiert. Auch wenn es sich um ein sehr heterogenes Bündnis handelt, ziehen die vier Parteien in mehreren Punkten an einem Strang: Sie fordern die Aufhebung des Ausnahmezustands, die Aufhebung der Verfassungsreform und eine Rückkehr zum parlamentarischen System mit gestärkter Gewaltenteilung und Justiz, außerdem soll die Wirtschaft gestärkt werden. Die Militäroperation in Syrien wird von

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## TÜRKEI

SVEN-JOACHIM IRMER

ALEXANDRA PAULUS

Juni 2018

[www.kas.de/tuerkei](http://www.kas.de/tuerkei)

ihnen unterstützt. Allerdings gelang es den vier Parteien nicht, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl zu einigen, stattdessen schicken drei von ihnen eigene Kandidaten ins Rennen. Sollte es jedoch zu einer Stichwahl kommen, haben sie sich gegenseitig die Unterstützung des siegreichen Oppositionskandidaten zugesichert.

Die **Republikanische Volkspartei (CHP)** ist seit 2002 größte Oppositionspartei, bei den Parlamentswahlen im November 2015 kam sie auf 25,3% der Stimmen. 1923 wurde sie vom Republikgründer Mustafa Kemal Atatürk gegründet und beruft sich bis heute auf seine Ideale einer laizistischen, säkularen Republik, Nationalismus und Modernisierung. Sie versteht sich als sozialdemokratische Partei, europäische Beobachter teilen diese Einschätzung nicht vollständig. Dem Parteivorsitzenden Kemal Kılıçdaroğlu werden mangelnde Erneuerung sowie in der Vergangenheit eine zu unkritische Haltung gegenüber der AK Partei vorgeworfen – er hatte die Regierung 2016 bei der Aufhebung der Immunität von mehr als 100 Parlamentariern wegen angeblicher Verbindungen zur PKK und in der Reaktion auf den Putschversuch unterstützt. 2017 organisierte er einen „Marsch für Gerechtigkeit“ von Ankara nach Istanbul, die öffentlichkeitswirksamste Protestaktion gegen Erdoğan seit Jahren.

Ins Rennen um die Präsidentschaft schickt die Partei mit **Muharrem Ince** einen 54-jährigen ehemaligen Physiklehrer und erfahrenen Parlamentarier. Nachdem es der CHP in den vergangenen Wahlen nicht gelang, über ihre Anhängerbasis von etwa einem Viertel der Wahlberechtigten hinauszukommen, versucht Ince dies, indem er auf die Kurden zugeht, seinen konservativen Hintergrund betont und sich als überparteilichen Kandidaten stilisiert.

Eine Newcomerin in der türkischen Parteienlandschaft ist die **IYI Partei** (dt. Gute Partei), die erst im Oktober 2017 von einer Gruppe ehemaliger MHP-Abgeordneter um **Meral Akşener** gegründet wurde, nun Präsidentschaftskandidatin der Partei. Grund für die Abspaltung war die Kampf-Kandidatur Akşeners gegen den Amtsinhaber Bahçeli

um den Parteivorsitz 2016 sowie unterschiedliche Auffassungen zum Umgang mit der AK Partei, woraufhin die Politikerin aus der Partei ausgeschlossen wurde. Die Partei vertritt konservativ-nationalistische Positionen und tritt für Minderheitenrechte (mit Ausnahme der Kurden) ein. Für türkische Verhältnisse ist der Frauenanteil unter den Parteimitgliedern vergleichsweise hoch.

Die 61-jährige Parteichefin und einzige weibliche Bewerberin um das Präsidentenamt **Meral Akşener** war als Dozentin für Geschichtswissenschaft tätig, bevor sie ins Parlament einzog – zunächst für die Partei des Rechten Wegs (DYP, heute Demokratische Partei, s.u.) (1995-2002) und anschließend für die MHP (2007-2015). Von 1996 bis 1997 war sie Innenministerin unter dem islamistischen Premierminister Necmettin Erbakan. Im Wahlkampf spricht sich die IYI Partei für eine Stärkung des Bildungssystems, Förderung der Jugend und ein Programm zum Abbau der Privatverschuldung aus.

Ince und Akşener gelten als Favoriten unter den oppositionellen Präsidentschaftskandidaten. Daneben umfasst das Wahlbündnis noch zwei weitere Parteien: Als islamistische Opposition versteht sich die **Partei der Glückseligkeit (SP)**. Parteigründer und späterer Premier Erbakan war eine Leitfigur des türkischen Islamismus: So hatte er auch die islamistische **Millî Görüş-Bewegung** (dt. Nationale Sicht) gegründet. Mehrere seiner Parteien wurden wegen Gefährdung der laizistischen Grundordnung der Republik verboten. Als 2001 seine Tugendpartei (FP) verboten wurde, spalteten sich deren Anhänger in zwei Lager: In die gemäßigtere AK Partei und die offen islamistische SP. Bei den letzten Parlamentswahlen erzielte die Saadet Partei nur 0,7% der Stimmen. Die Partei lehnte das Angebot der AK Partei, Teil ihres Wahlbündnisses zu werden, ab. Präsidentschaftskandidat und Parteivorsitzender **Temel Karamollaoğlu**, 77 Jahre, war Bürgermeister der zentralanatolischen Provinzhauptstadt Sivas (1989-1995) und Abgeordneter (1977-80 und 1996-2002). Er gilt als wenig aussichtsreicher Kandidat, dürfte der AK Partei aber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## TÜRKEI

SVEN-JOACHIM IRMER  
ALEXANDRA PAULUS

Juni 2018

[www.kas.de/tuerkei](http://www.kas.de/tuerkei)

wichtige religiös-konservative Wählerstimmen abspenstig machen.

Die **Demokratische Partei (DP)**, bis 2007 Partei des Rechten Weges (DYP), sieht sich als säkulare, liberal-konservative politische Kraft. Sie stellte von 1991 bis 1997 die Regierung, verlor jedoch danach an Bedeutung und erzielte bei den letzten Parlamentswahlen nur noch 0,03% der Stimmen. Sie stellt keine eigenen Präsidentschafts-Kandidaten auf, sondern unterstützt die IYI Partei.

Außerhalb des Oppositionsbündnisses steht die **Vaterlandspartei (VP)**, die sich als sozialistisch bezeichnet und radikalen leninistisch-marxistischen und maoistischen Jugendbewegungen entstammt, heute jedoch säkular-nationalistische und pro-russische Positionen vertritt. In Wahlen erzielte sie zuletzt nur 0,25% der Stimmen. Ihr Parteivorsitzender und Präsidentschaftskandidat ist **Doğu Perinçek**, der als Außenseiter ohne Erfolgsaussichten antritt.

### Entscheidungsfaktor Kurden, HDP bangt um Einzug ins Parlament

Die **Demokratische Partei der Völker (HDP)** wurde 2012 gegründet und bündelte verschiedene linksgerichtete Kräfte, 2014 traten ihr viele Abgeordnete der pro-kurdischen Partei für Frieden und Demokratie (BDP) bei. Die HDP setzt sich für die Belange der Kurden und anderer Minderheiten ein, strebt aber darüber hinaus danach, als linke Partei die breite Bevölkerung anzusprechen. Im Juni 2015 erhielt sie 13,1% der Stimmen und zog als erste pro-kurdische Partei ins türkische Parlament ein. Gegen Abgeordnete, Bürgermeister und Mitglieder Partei werden zur Zeit Prozesse wegen Unterstützung der als Terrororganisation eingestuftes Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) geführt. Als Präsidentschaftskandidat tritt der kurdische ehemalige Parteivorsitzende **Selahattin Demirtaş** aus dem Gefängnis heraus an, wo er sich in Untersuchungshaft befindet. Als einzige politische Kraft unterstützt die HDP die Militäroperation in Syrien nicht. Die pro-kurdische HDP ist weiterhin politisch isoliert. Ihr Präsidentschaftskandidat ist als Kurde für große Bevölkerungsteile nicht wählbar,

und es ist fraglich, ob die Partei als Einzelkämpferin die 10%-Hürde nehmen können wird. Die Kurden, deren Anteil an der türkischen Bevölkerung auf etwa 15% geschätzt wird, sind politisch gespalten und wählen keineswegs geschlossen HDP, sondern traditionell in großen Teilen AK Partei und weniger auch CHP. Sie haben das Potenzial zum Entscheidungsfaktor der Wahlen.

### Fazit & Blick in die Zukunft: Drei Szenarien

Die türkischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen finden in einem besonderen Moment statt: Angesichts hoher Inflation und dem, auch politisch bedingten, enormen Kursverfall der Lira droht der grundsätzlich nicht schlecht aufgestellten türkischen Wirtschaft ein herber Dämpfer. Außenpolitisch wendet sich das NATO-Mitglied trotz anhaltendem Streben nach der EU-Mitgliedschaft zunehmend neuen Partnern, besonders Russland, zu. Die bevorstehenden Wahlen werden also innen- wie außenpolitisch richtungsweisend sein.

In den turbulenten Zeiten des seit Juli 2016 geltenden Ausnahmezustands erarbeitete die Regierung eine Verfassungsreform, die dem Land einen Systemwechsel von der parlamentarischen Demokratie hin zum Präsidialsystem bescherte: Der mit neuer Machtfülle ausgestattete Staatspräsident kontrolliert die Exekutive und nimmt entscheidenden Einfluss auf Parlament, Judikative und Militär. Das neue System wurde im April 2017 von der Bevölkerung per Volksabstimmung knapp befürwortet und wird nun mit den um fast eineinhalb Jahre vorgezogenen Wahlen umgesetzt. Gleichzeitig wurde das Wahlrecht reformiert: So können Parteien die 10%-Hürde künftig umgehen, indem sie Wahlbündnisse formen, die die Hürde gemeinsam nehmen. Mehrere Änderungen im Wahlprozedere können Kritikern zufolge Wahlfälschung ermöglichen, wenn etwa auch unverschlossene oder ungestempelte Wahlzettel akzeptiert werden. Die Wahlen laufen also nicht nur nach neuen Spielregeln ab, sondern läuten unter Umständen auch einen grundlegenden Systemwechsel ein.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

TÜRKEI

SVEN-JOACHIM IRMER

ALEXANDRA PAULUS

Juni 2018

[www.kas.de/tuerkei](http://www.kas.de/tuerkei)

In der **Präsidentschaftswahl** gelten allein Muharrem Ince (CHP) und Meral Akşener (İYİ Partei) als mögliche Herausforderer Erdoğan's. Auch wenn viele Beobachter davon ausgehen, dass der Amtsinhaber im ersten Wahlgang am 24. Juni die absolute Mehrheit verpasst und es somit zu einem zweiten Wahlgang am 8. Juli kommt, gilt ein Wahlsieg der Opposition doch als unwahrscheinlich. Somit hätte Erdoğan sein Ziel erreicht, würde er doch dann das höchste Amt im neuen Präsidialsystem bekleiden, das er entworfen und politisch durchgesetzt hat.

Weniger absehbar ist das Ergebnis der **Parlamentswahlen**. In der jüngsten Vergangenheit haben sich Umfragen zum Wahlverhalten als wenig zuverlässig erwiesen, zudem schwanken die Ergebnisse der verschiedenen Umfrageinstitute stark: Für die Parlamentswahl kommt das Regierungswahlbündnis „Volksallianz“ aus AK Partei, MHP und BBP auf, je nach Umfrage, zwischen 43,9 und 53,5% (Durchschnitt: 48,8%). Der oppositionellen „Nationalen Allianz“ aus CHP, İYİ Partei, SP und DP sprechen die Umfragen zwischen 31,0 und 43,8% der Stimmen zu (Durchschnitt: 37,9%). Die pro-kurdische HDP, die ohne Wahlbündnis antritt und folglich an der 10%-Hürde scheitern kann, sehen die Umfragen im Durchschnitt bei 9,8%. Sollte der HDP der Einzug ins Parlament gelingen, wird das aktuelle Regierungsbündnis aus AK Partei und MHP seine absolute Mehrheit im Parlament voraussichtlich verlieren. Da alle Parteien, die Teile von Wahlbündnissen sind, ins Parlament einziehen werden, werden in der Großen Nationalversammlung künftig nicht mehr nur AK Partei, MHP, CHP, İYİ Partei und HDP vertreten sein, sondern auch die BBP, SP und DP.

Somit sind drei Szenarien denkbar: In Szenario 1 **gewinnt Erdoğan's AK Partei sowohl die Präsidentschafts- als auch die Parlamentswahlen**. Mit einer Regierungsmehrheit im Parlament kann der Staatspräsident „durchregieren“, seine ohnehin beachtliche Machtfülle erfährt keine Kontrolle durch die Legislative, die Opposition würde marginalisiert. Diese Konstellation würde für stabile Verhältnisse sorgen, doch

Analysten und Menschenrechtler warnen vor einer autoritären Zukunft mit deutlich eingeschränkten bürgerlichen Freiheitsrechten und fehlender demokratischer Gewaltenteilung.

In Szenario 2 **gewinnt Erdoğan die Präsidentschaft, doch die Opposition holt die Parlamentsmehrheit („hung government“)**. Dieser Wahlausgang ist wahrscheinlich, wenn die Oppositionsparteien erfolgreich konservativ-nationalistische und kurdische Wählergruppen der AK Partei abwerben und der HDP der Einzug ins Parlament gelingt. In diesem Fall kann das Parlament die Exekutive zwar nicht effektiv kontrollieren, die Regierung wäre weiterhin handlungsfähig. Doch die Opposition wäre sichtbarer und könnte, politische Koordination vorausgesetzt, eigene Gesetzesvorschläge verabschieden, jene der Regierung verhindern und ein präsidentielles Veto überstimmen. Eine oppositionelle Parlamentsmehrheit von 60% könnte gar die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Eröffnung eines Amtsenthebungsverfahrens beschließen. In dieser Konstellation käme es also zum Konflikt zwischen Exekutive und Legislative, und es ist unklar, wie der Staatspräsident darauf reagieren würde.

In Szenario 3 schließlich mobilisiert die Opposition – wie angekündigt – im zweiten Wahlgang geschlossen für einen Kandidaten, sodass im zweiten Wahlgang ein **Oppositionskandidat Präsident wird**. Unabhängig davon, ob die Opposition auch eine Parlamentsmehrheit erlangt oder nicht, ist diese Szenario das unberechenbarste, da Erdoğan schon jetzt die Exekutive und die Verwaltung in einer Art und Weise beherrscht, die einen unkomplizierten, friedvollen Regierungswechsel wenig wahrscheinlich macht. Allerdings erscheint dieses Szenario zum jetzigen Zeitpunkt unwahrscheinlich – auch wegen der neu geschaffenen Schlupflöcher im Wahlrecht.

Schon während des Referendums 2017 wurden Unregelmäßigkeiten kritisiert, und auch die Menschenrechtslage während des Ausnahmezustands sorgte anhaltend für Kritik im In- und Ausland. So sind die bevorstehenden Wahlen nicht nur eine Entschei-

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

dung über die politische Zukunft der Türkei, sondern sind auch eine erneute Probe der Rechtsstaatlichkeit im Land.

**TÜRKEI**

SVEN-JOACHIM IRMER

ALEXANDRA PAULUS

*\*Alexandra Paulus promoviert zur türkischen Sicherheitspolitik an der Technischen Universität Chemnitz.*

**Juni 2018**

[www.kas.de/tuerkei](http://www.kas.de/tuerkei)